

BSF-Nachrichten

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizerische Lehrerinnenzeitung**

Band (Jahr): **69 (1965)**

Heft 4

PDF erstellt am: **16.04.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-317276>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Lehrerin. An der Oberstufe aber unterrichten fast ausschließlich Lehrer; dazu läßt die Art der gewünschten Fächererteilung durch die befragten Lehrerinnen vermuten, daß sie sich nicht für diese Stufe interessieren. Es käme daher am ersten die Teilzeitarbeit auf der Mittelstufe in Betracht. Neben den schon erwähnten Problemen der Unterrichtsaufteilung stellten sich auch solche der Entlohnung, Aufnahme in die Versicherungskasse, Regelung bei Krankheit, Wiederwahl usw. Daneben bedingte die Teilzeitarbeit, daß sich zwei verheiratete Lehrerinnen in der gleichen Ortschaft oder in der nähern Umgebung der Schule befänden, was nur für größere Ortschaften zutreffen dürfte. Dazu wäre ein ausgesprochen gutes Einvernehmen und gleiche Auffassung in der Methode und Erziehung der Kinder Grundbedingung.

So bietet die Teilzeitarbeit in der Primarschule allerhand Probleme, die genau besehen und überlegt sein wollen. Dabei darf nicht vergessen werden, daß sich bereits viele Lehrerinnen bei Krankheit einer aktiven Lehrkraft zur Übernahme einer Stellvertretung zur Verfügung stellen und für solche Fälle auch eine bestimmte Reserve vorhanden sein muß. Diese Lehrerinnen erklären sich denn auch von dieser Form der Teilzeitarbeit befriedigt und wünschen keine andere.

Dora Hug

BSF-Nachrichten

Die Kommission für Frauenberufsfragen hat begonnen, eine *Untersuchung der Lehrpläne aller obligatorischen Schuljahre* durchzuführen, um die durch verschiedene Lehrpläne für Knaben und Mädchen entstandene Benachteiligung der Mädchen bei der Berufswahl zu beseitigen.

Da im Kanton *Thurgau* über 20 Lehrstellen, vor allem auf dem Lande, unbesetzt sind, hat das Erziehungsdepartement u. a. auch an die verheirateten *Lehrerinnen* appelliert, damit sie sich eine Zeit lang für den Schuldienst zur Verfügung stellen.

24 junge Schweizerinnen und Schweizer sind vor einem Jahr als Freiwillige der Entwicklungshilfe nach Afrika gereist. Ihr Einsatz nähert sich nun dem Ende. Unter diesen jungen Leuten sind z. B. eine Sekretärin, die als Mitarbeiterin des Vize-Außenministers von Kamerun tätig war, und eine Chemikerin, die auch in Kamerun ein Laboratorium für Bodenuntersuchungen einrichtete und sich dann mit der Ausbildung von Personal für die Sterilisation des Trinkwassers befaßte. Nun sind kürzlich, ebenfalls im Rahmen der vom Eidg. Politischen Departement organisierten Entwicklungshilfe, drei junge Hauswirtschafts- und Arbeitslehrerinnen nach Dahomey abgereist, um dort in ihrem Beruf tätig zu sein.

Die Sozialdemokratische Partei des Kantons Neuenburg portiert die Großrätin und Direktorin der Frauengewerbeschule in La Chaux-de-Fonds, *Raymonde Schweizer*, als Ständerat. Der Große Rat wird die beiden Ständeräte im Mai zu bestimmen haben.